

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. September 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barthel, Klaus (SPD)	1, 2	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	29, 48
Berninger, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Caspers-Merk, Marion (SPD)	10, 11	Dr. Maleuda, Günther (PDS)	30
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	12, 13	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	16, 17
Conradi, Peter (SPD)	46, 47	Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm (CDU/CSU)	31, 32
Duve, Freimut (SPD)	18, 19	Schewe-Gerigk, Irmgard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Erlar, Gernot (SPD)	20, 21	Schmitt, Wolfgang (Langenfeld) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	9	Stiegler, Ludwig (SPD)	35
Ganseforth, Monika (SPD)	45	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Gansel, Norbert (SPD)	38, 39	Terborg, Margitta (SPD)	26, 27
Grießhaber, Rita (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42	Thieser, Dietmar (SPD)	24, 25
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	6, 7	Wallow, Hans (SPD)	33, 34
Krziskewitz, Reiner (CDU/CSU)	28	Zierer, Benno (CDU/CSU)	3, 8
Kubatschka, Horst (SPD)	14, 15		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, der sich daraus ergibt, daß im Einzelplan 13 des Bundeshaushalts 1996 (Anlage zu Drucksache 13/2000, Titel 12101-771) 800 Mio. DM Abführungen aus Dividenden der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation ausgewiesen sind, wohingegen es im Finanzplan des Bundes für die Jahre 1995 bis 1999 (Drucksache 13/2001) wörtlich heißt: „Als Ausgleich hierfür wurde zwischen den Bundesministerien der Finanzen und für Post und Telekommunikation ab 1996 eine jährliche Dividendenzahlung durch die Aktiengesellschaft von je 800 Mio. DM als Einnahme des Bundes vereinbart.“?
2. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)

Welche der beiden unterschiedlichen Angaben über die zu leistende Abführung (800 Mio. DM oder 3×800 Mio. DM = 2,4 Mrd. DM) entspricht nun der Wahrheit und den Tatsachen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, daß die von den Gemeinden geplanten Erhöhungen der Grundsteuer durch Vermieter in diesen Gemeinden im Wege der Mieterhöhung auf die Mieter umgelegt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

4. Abgeordneter
**Wolfgang
Schmitt
(Langenfeld)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Besteht die Bundesregierung auf Erfüllung der Bedingungen der 18monatigen Orientierungsphase, insbesondere der Erfüllung der dem Instituto Bienstar Rural vorliegenden Landforderungen der Indianer, die dem eigentlichen EU-Projekt „Nachhaltige Bewirtschaftung des Chaco“ vorgeschaltet ist, bevor sie einer zweiten Phase des EU-Projekts zustimmt?

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Wolfgang Schmitt
(Langenfeld)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, daß die paraguayische Regierung für eine erfolgreiche Umsetzung des Projekts in angemessener Höhe finanzielle Mittel zur Erfüllung der indianischen Landansprüche in ihrem Staatshaushalt bereitzustellen hätte, und ist der Bundesregierung bekannt, ob das der Fall ist? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.) | Welche Staaten haben das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten vom 10. Januar 1995 unterzeichnet bzw. ratifiziert, und sind dabei Erklärungen abgegeben worden, durch die der räumliche oder ethnische Anwendungsbereich des Abkommens eingeschränkt wird? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag das Rahmenabkommen zur Ratifizierung zuzuleiten? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Vermögensteuer unter Gewährung eines entsprechenden Ausgleichs für die Länder gänzlich abzuschaffen? |
| 9. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.) | Wie bewertet die Bundesregierung die steuerliche Begünstigung für Bauherrenmodelle im Hotelbereich angesichts der zunehmenden Überkapazitäten und der damit einhergehenden existentiellen Bedrohung mittelständischer Hotelbetriebe, und ist sie ggf. bereit, diese Subvention zu streichen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

10. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Ergebnisse einer Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung in Hannover bestätigen, nach der weit mehr als die Hälfte aller Batterien deshalb nicht sachgerecht entsorgt werden können, weil ein Mangel an Rückgabemöglichkeiten besteht, und wenn ja, nimmt die Bundesregierung dies zum Anlaß, endlich die schon lange angekündigte Batterieverordnung vorzulegen?
11. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß als Ergebnis eines Gespräches am 22. Juni 1995, zu dem das Bundesministerium für Wirtschaft eingeladen hatte, Einigkeit zwischen den anwesenden Kommunalen Spitzenverbänden, dem Bund Deutscher Entsorgungswirtschaft, dem Zentralverband Elektrotechnik und Elektronik, dem Zentralverband der deutschen Elektrohandwerke, dem Bundesverband der Filialbetriebe und Selbstbedienungs-Warenhäuser, dem Fachverband Informationstechnik und verschiedenen Einzelfirmen dahin gehend bestand, daß eine Elektronikschrottverordnung erlassen werden müsse, und wann wird die Bundesregierung angesichts dieses eindeutigen Votums einen entsprechenden Verordnungsentwurf vorlegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

12. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)
- Trifft die Darstellung in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 12. September 1995 zu, wonach noch immer ungeklärt sei, woher der Uranbrennstoff für den geplanten Forschungsreaktor München II bezogen werden soll?
13. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)
- Zu welchem Ergebnis haben die Verhandlungen der Technischen Universität München über die Versorgung mit Uran geführt, von denen es im Bericht des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1995 (Ausschußdrucksache 13 bis 37) hieß, ihr Abschluß werde für das Frühjahr 1995 erwartet?

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD) | Sind die Äußerungen des Vertreters der Technischen Universität München in der Süddeutschen Zeitung vom 12. September 1995 so zu verstehen, daß Verhandlungen über einen Bezug von Uran für den Münchner Forschungsreaktor (FRM II) aus den Vereinigten Staaten geführt werden? |
| 15. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD) | Hält es die Bundesregierung für verantwortbar, daß mit dem Bau des Forschungsreaktors (FRM II) wie geplant Ende des Jahres begonnen wird, wenn bis dahin die Versorgung mit Brennstoffmaterial noch immer nicht geklärt sein sollte? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|---|---|
| 16. Abgeordneter
Dr. Jürgen
Meyer
(Ulm)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik, die den Aufbau einer europäischen Verteidigung mit Nuklearwaffen umfaßt? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Jürgen
Meyer
(Ulm)
(SPD) | Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung des Sprechers des Auswärtigen Amtes in der Regierungs-Pressekonferenz am 25. August 1995 auf die Frage nach einer Europäisierung der französischen Nuklearwaffen: „Aus unserer Sicht wäre es zu begrüßen, wenn sich die vitalen Interessen Frankreichs nicht auf den Schutz der Unversehrtheit des eigenen nationalen Territoriums beschränken würden.“? |
| 18. Abgeordneter
Freimut
Duve
(SPD) | Wie reagiert die Bundesregierung auf die Hinweise im STERN (Nr. 37/95, S. 166) auf Behauptungen, daß an den früheren Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid, Guido Brunner, Provisionen gezahlt worden sein sollen, und beabsichtigt die Bundesregierung, ihn dienstrechtlich zu belangen, falls sich die Vorwürfe als gerechtfertigt erweisen sollten? |
| 19. Abgeordneter
Freimut
Duve
(SPD) | Sind der Bundesregierung andere Fälle bekannt, in denen Mitarbeiter des höheren Dienstes für die Vermittlung von Geschäften Provisionen entgegengenommen haben? |

20. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der russischerseits als „Geheimmemorandum“ bezeichneten Vereinbarung der Oberbefehlshaber der NATO- und VN-Truppen in Bosnien über Ziele und Konzept der militärischen Schläge gegen die bosnischen Serben, oder ist die Bundesregierung als Mitglied der „Kontaktgruppe“ und Beteiligte an den militärischen Operationen in Bosnien über dieses Papier nicht unterrichtet?
21. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie läßt sich erklären, daß dieses Papier vor der russischen Regierung, die selbst Mitglied der „Kontaktgruppe“ ist, geheimgehalten worden ist, und hat diese Ausgrenzung Rußlands die Zustimmung der Bundesregierung erhalten, die bisher immer für eine Einbeziehung Moskaus in die Friedensbemühungen in Bosnien plädiert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung hinsichtlich des von ihr bis 1994 unterstützten „größeren Projekts im Bereich der Funküberwachung“ in Saudi-Arabien – im Anschluß an ihre entsprechende Antwort auf meine schriftliche Frage Nr. 24 in Drucksache 13/2279 – Auskunft geben über die Anzahl, behördliche bzw. betriebliche Zugehörigkeit, Bezahlung, Verweildauer, genaue Einsatzorte sowie rechtliche Handlungsgrundlagen des von ihr gestellten bzw. vermittelten „Schulungs- und Betriebspersonals“, und kann die Bundesregierung ferner den Warenwert jenes Großprojekts, die außenwirtschaftsrechtlichen Warengruppen der bislang für Saudi-Arabien erteilten Exportgenehmigungen sowie hierfür den Warenwert pro jeweiliger Warengruppe mitteilen?
23. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, daß dem von der Bundesregierung unterstützten größeren Projekt zur Funküberwachung in Saudi-Arabien ein Vertrag zwischen ihr, der saudischen Regierung sowie der Elektronikfirma Siemens über die Errichtung von Überwachungszentren in Riad, Mekka und Medina zugrunde lag, und welche Angaben kann die Bundesregierung über den Inhalt dieses Vertrages sowie über die Kosten machen, die bei dessen Durchführung zu Lasten des Bundeshaushalts entstanden sind?

- | | |
|---|--|
| 24. Abgeordneter
Dietmar Thieser
(SPD) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, aus welchen Gründen der THW-Stützpunkt Brest (Weißrußland) überflüssig geworden ist? |
| 25. Abgeordneter
Dietmar Thieser
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Stützpunkte für den Transport von Hilfsgütern nach Rußland finanziell zu unterstützen und zu sichern, nachdem z. B. der THW-Stützpunkt Brest geschlossen wurde? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

- | | |
|--|--|
| 26. Abgeordnete
Margitta Terborg
(SPD) | Nachdem die Bundesregierung auf die Ankündigung der Entlassung von 15000 Mitgliedern in den deutschen Airbus-Werken des DASA-Konzerns intervenierte und besonders bei der Konzernleitung die sozialen und wirtschaftspolitischen Verpflichtungen geltend gemacht hat, die aus den bisher gewährten Subventionen für den Airbus in Höhe von rd. 6,5 Mrd. DM erwachsen, kann sie jetzt davon ausgehen, daß diese Argumentation den Konzern zu einem Überdenken seiner Personalabbau- und Werkschließungspläne veranlassen? |
| 27. Abgeordnete
Margitta Terborg
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, über eine vorzeitige Bewilligung von Aufträgen für den „Eurofighter“ eine andere Entscheidung des Konzerns für die Airbus-Produktion in Deutschland herbeizuführen, und fürchtet sie nicht, damit genau das zu tun, was die Konzernleitung mit ihrer Massenentlassungsdrohung bezweckt hat? |
| 28. Abgeordneter
Reiner Krziskewitz
(CDU/CSU) | Welche Erfahrungen wurden mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm als tragendem Element der Existenzgründungsförderung, besonders im Hinblick auf die unzureichende Eigenkapitalausstattung ostdeutscher Unternehmer, in den neuen Bundesländern gemacht, und welche Schlußfolgerungen zur Weiterführung und eventuellen Modifizierung zieht die Bundesregierung aus der bisherigen Praxis? |

29. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht des ZDF-Magazins „Kennzeichen D“ vom 6. September 1995, internationale Fachzeitschriften berichteten bereits seit 1992 über illegale deutsche Waffen für Kroatien und Bosnien, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des im gleichen Zusammenhang konkret des Waffenschmuggels bezichtigten deutschen Unternehmers aus dem Saarland, der am Mißbrauch humanitärer Hilfslieferungen für die Balkanregion zu Waffenschiebereien beteiligt gewesen sein soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

30. Abgeordneter
Dr. Günther Maleuda
(PDS)
- Wie begründet die Bundesregierung den bei den landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geplanten Abbau von Forschungskapazitäten im Hinblick auf die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und ihren ökologischen Umbau durch wissenschaftlichen Vorlauf, materielle und immaterielle Spitzenleistungen in unserem rohstoffarmen Land?
31. Abgeordneter
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Entwicklung von markierten Impfstoffen, insbesondere gegen die Schweinepest, und inwieweit ist die Bundesregierung – ggf. unter Einbeziehung der Industrie – mit der Ressortforschung an der Entwicklung markierter Impfstoffe beteiligt?
32. Abgeordneter
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
(CDU/CSU)
- Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung bisher unternommen, um im EG-Recht den Einsatz markierter Impfstoffe durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

33. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche Gründe führen zu den Überlegungen des Bundesministers der Verteidigung, die im VN-Auftrag tätigen Soldaten des Heeresfliegerregimentes in Mendig aus dem Irak abzuführen?
34. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Wie beurteilt der Bundesminister der Verteidigung die Sicherheit der Heeresflieger-Soldaten aus Mendig im Irak angesichts der dort noch vorhandenen bakteriologischen und anderen Massenvernichtungswaffen?
35. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Treffen Hinweise zu, daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer Feinausplanung zur Anpassung der Streitkräftestrukturen beabsichtigt, die 3. Kompanie des Nachschubbataillons Weiden 12 vom Bundeswehrstandort Weiden zu entfernen, und wie vereinbart sie dies mit den Zusagen, die dem Standort Weiden bisher gegeben wurden?
36. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Treffen die Behauptungen zu, wonach MIG-21-BIS-Maschinen der ehemaligen NVA jetzt von der kroatischen Luftwaffe eingesetzt würden (wie der Offizier im Flieger-Ingenieurdienst, Frieder Lorenz, in der „Monitor“-Sendung vom 24. August 1995 erklärte, sei der Ausbau des hinteren Verkleidungsblechs der zentralen Bremsklappe eine in der NVA, und nur dort übliche Verfahrensweise gewesen, und wie Lutz Richter, ehemaliger Offizier für Luft, Funk und Meßausrüstung, aussagte, erkenne er einen von ihm 1984 vorgenommenen Schalterumbau im Cockpit wieder), und wie stehen diese Behauptungen zu den Äußerungen der Bundesregierung, daß die Maschinen schon verschrottet seien?
37. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Falls die Maschinen bereits verschrottet wurden, wann und vor welchen Zeugen sind die letzten zwölf MIG-21-BIS des seinerzeit in Neuhausen bei Berlin stationierten Jagdgeschwaders 8 der NVA verschrottet worden, von denen der Offizier im Flug-Ingenieurdienst, Frieder Lorenz, in der „Monitor“-Sendung vom 24. August 1995 behauptet hat, er habe sie in der ersten Januarwoche 1991 konserviert?

38. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung nach der „Monitor“-Sendung vom 24. August 1995 über Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik Deutschland nach Kroatien und aufgrund meiner Frage in Drucksache 13/2326 überprüft, ob die an Museen verkauften sieben Düsenjäger der ehemaligen NVA vom Typ MiG-21 auch tatsächlich demilitarisiert worden sind und sich in diesen Museen noch befinden?
39. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß Bauteile von Düsenjägern des Typs MiG-21 aus der Bundesrepublik Deutschland nach Kroatien gelangt sind, und von welchem „befreundeten Staat“ (vgl. Antwort auf meine Frage in Drucksache 13/2326) wird der Düsenjäger der ehemaligen NVA „zu Erprobungszwecken“ genutzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

40. Abgeordneter
Matthias Berninger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, daß, nach mündlicher Zusage am 27. Juni dieses Jahres aus dem Referat Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in Gera/Thüringen ein Familienzentrum als Modellprojekt der Bundesregierung gefördert werden sollte und daß darüber Einvernehmen mit dem Träger (Arbeiterwohlfahrt Gera) und dem Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit erzielt worden war, und entspricht es weiterhin den Tatsachen, daß die Bundesministerin entgegen den Zusagen aus ihrem Hause für das Modellprojekt jetzt die Stadt Suhl und eine konfessionelle Trägerschaft präferiert?
41. Abgeordneter
Matthias Berninger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Kosten, die durch die schon begonnene und auch weitergeführte Projekterstellung für Gera durch die Universität Hannover entstehen und die sie nach eigenen Angaben übernehmen wird, obwohl es das Projekt in Gera in der vorgesehenen Form nicht geben wird?

42. Abgeordnete
**Rita
Grießhaber**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat sich die Bundesregierung auf der Weltfrauenkonferenz dafür eingesetzt, daß die sexuelle Orientierung von Frauen als universelles Menschenrecht anerkannt wird, und welche rechtlichen Schritte will sie ergreifen, damit Frauen und Männer in Deutschland nicht weiterhin aufgrund ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden?
43. Abgeordneter
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung in ihren bilateralen Beziehungen zu China ergreifen, damit dort Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen abgeschafft und weibliche Säuglinge nicht mehr ausgesetzt werden bzw. ihr Tod in Kauf genommen wird?
44. Abgeordneter
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bewertet die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, neben analer und oraler Vergewaltigung andere Formen des gewaltsamen Eindringens in den Körper von Frauen auch als Vergewaltigung, wie dies die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, schon vorgeschlagen hat, und mit welcher Begründung setzt sich die Bundesministerin Claudia Nolte für die Beibehaltung minderschwerer Fälle von Vergewaltigung ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

45. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)
- Wann ist mit der Realisierung des Projektes 11 der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit A 2/Hannover – Berlin zu rechnen, und wie werden sich die geplanten Kürzungen des Verkehrshaushaltes 1996 auf Zeitplan und Ausbaustandard einschließlich Lärmschutz auswirken?
46. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Wann hat die Europäische Kommission eine Empfehlung über europäische Kfz-Kennzeichen verabschiedet, und welche EU-Mitgliedstaaten – außer Deutschland – sind dieser EU-Empfehlung bisher nachgekommen?

47. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Wie viele neue Kfz-Kennzeichen werden in Deutschland jährlich ausgegeben, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Information aller Kfz-Halter sicherzustellen, daß sie auch die bisherigen Kfz-Kennzeichenschilder wählen können, zumal diese 10 DM bis 15 DM billiger sind als das Euro-Schild, und daß außer dem Euro-Kennzeichen auch weiterhin ein zusätzliches D-Schild erforderlich ist?
48. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Realisierungsaussichten des Lückenschlusses der A 1 zwischen Blankenheim-Tondorf und der A 48 (Koblenz – Trier), Anschlußstelle Daun/Mehren, und welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung diesem Lückenschluß angesichts der Tatsache zu, daß allein für das auf dem Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz gelegene Teilstück von 27,9 km ein Finanzierungsbedarf von 470,914 Mio. DM besteht, bis Ende des laufenden Jahres voraussichtlich insgesamt 46,131 Mio. DM ausgegeben sein werden und der Bundeshaushaltsplan 1996 lediglich die Bereitstellung von 7,5 Mio. DM vorsieht, so daß weiterhin ein Bedarf von 417,283 Mio. DM besteht, wenn – wie zu erwarten ist – im kommenden Jahr ein baureifer Plan vorliegt?

Bonn, den 15. September 1995

